

**Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
(Drucksache 16/3150)
26. Oktober 2006**

5872

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 60. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 26. Oktober 2006

Birgit Homburger

- (A) Die Bundesregierung lässt an dieser Stelle jede Sensibilität im Umgang mit dem Parlament vermissen. Es gibt aber nicht nur ein Recht des Parlaments auf Information, sondern auch die Pflicht der Bundesregierung zur Information des Parlaments.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweitens betreffen unsere Vorbehalte die im Raum stehenden Vorwürfe, die Murat Kurnaz gegen das KSK erhebt. Deswegen hat der Verteidigungsausschuss gestern beschlossen, sich als Untersuchungsausschuss zu konstituieren. Die Vorwürfe sind nach wie vor ungeklärt und bedürfen einer schnellen Aufklärung. Solange die Anschuldigungen nicht bewiesen sind, gilt aber die Unschuldsvermutung. Sie gilt auch uneingeschränkt für unsere Staatsbürger in Uniform. Deswegen können die Vorwürfe gegen das KSK allein kein Grund sein, der Verlängerung des Mandats nicht zuzustimmen. Das richte ich insbesondere an Herrn Kuhn von den Grünen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Allerdings haben wir konkrete Fragen an die Bundesregierung. Es müssen konkrete Vorwürfe und grundsätzliche Fragen geklärt werden. Beispielsweise ist immer noch die Frage offen, ob und, wenn ja, welche Regelungen für die Übergabe möglicher Gefangener deutscher Herkunft gelten. Das sind strukturelle Fragen, die bis zur Abstimmung über die Verlängerung des Mandats geklärt werden können. Die Klärung dieser Fragen erwartet die FDP-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung.

- (B)

Wenn wir alle Argumente abwägen, dann werden wir auch zu berücksichtigen haben, dass es einen gewissen Zusammenhang zwischen der Operation „Enduring Freedom“ und dem gerade vom Deutschen Bundestag verlängerten ISAF-Mandat gibt. In diesem Zusammenhang stellen sich mehrere Fragen. Es gibt zwar zwei getrennte Mandate, die aber immer mehr Gemeinsamkeiten haben. Ich denke zum Beispiel an die Operation „Medusa“. Zudem erfolgt zum 1. Januar 2007 die Harmonisierung der Führungsstrukturen. Wie wird die Entwicklung weitergehen? Was plant die Bundesregierung an dieser Stelle? Beide Fragen stehen in einem Zusammenhang. Auch hierüber erwarten wir Auskunft vonseiten der Bundesregierung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Birgit Homburger (FDP):

Ja, Frau Präsidentin.

Wir werden unsere Entscheidung auf der Grundlage der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses treffen. Es lohnt sich, unsere Fragen zu beantworten, Herr Minister Steinmeier und Herr Minister Jung. Sie müssen allerdings wissen, dass es bei der Entscheidung der FDP-Bundestagsfraktion keinen Automatismus geben wird.

(Beifall bei der FDP – Walter Kolbow [SPD]: (C)
Den gibt es nirgendwo!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort für die Bundesregierung hat der Bundesminister Dr. Franz Josef Jung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch hat er nichts gesagt!)

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung beteiligt sich seit Ende 2001 an den Operationen „Enduring Freedom“ und „Active Endeavour“. Das Bundeskabinett hat gestern die Fortsetzung dieser Einsätze für weitere zwölf Monate beschlossen.

Der Bundesaußenminister hat aus meiner Sicht zu Recht darauf hingewiesen, dass die Gefahren des **internationalen Terrorismus** keineswegs als gebannt angesehen werden können. Ich denke nur an die im letzten Moment vereitelten Anschläge auf US-Flugzeuge in London in diesem Jahr oder an die fehlgeschlagenen Kofferbombenanschläge hier bei uns in Deutschland. Das zeigt, dass wir auch weiterhin herausgefordert sind und deshalb unsere Aufgaben im Kampf gegen den internationalen Terrorismus wahrnehmen müssen.

Ich will unterstreichen, dass die Bekämpfung des internationalen Terrorismus nicht primär eine militärische Aufgabe ist. Vielmehr ist ein Gesamtansatz notwendig. Dieser Kampf wird sowohl im politischen als auch im polizeilichen Bereich als auch in anderen Bereichen mit entsprechenden Mitteln geführt. Aber dort, wo es notwendig ist, leisten wir mit dem Einsatz militärischer Mittel entsprechende Unterstützung. (D)

Es ist notwendig, dass wir auch in Zukunft sowohl die Operation „Enduring Freedom“ als auch die Operation „Active Endeavour“ auf angemessene Weise fortsetzen. Allerdings wird die mandatierte **Truppenstärke** von 2 800 auf 1 800 Soldatinnen und Soldaten reduziert. Die Zusammensetzung soll wie folgt aussehen: 1 100 Seestreitkräfte, 100 Spezialkräfte, 200 Unterstützungskräfte, 200 Lufttransportkräfte und 200 Sanitätskräfte. Da die Obergrenzen in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft wurden, ist es sachgerecht, die Stärken anzupassen. Ziel und Durchführung des Einsatzes bleiben aber unverändert.

Im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ sind derzeit eine Fregatte, ein Versorger und ein Seefernaufklärer mit rund 330 Soldaten der Marine am Horn von Afrika eingesetzt. Auf der Marinelogistikbasis in Dschibuti sind weitere 30 Soldaten stationiert. Allein im letzten Jahr wurden mehr als 2 380 Schiffe und Boote abgefragt und rund 180 Schiffe genauer überprüft. Dieser Einsatz soll gewährleisten, dass Terroristen der Zugang zu Rückzugsgebieten verwehrt wird und dass potenzielle Verbindungswege abgeschnitten werden. Gleichzeitig

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) wird diese für den Welthandel strategisch wichtige Seepassage vor terroristischen Anschlägen geschützt.

Im Rahmen von „Active Endeavour“ sind wir im NATO-Marineinsatz am Kampf gegen den Terrorismus im Mittelmeer beteiligt. Derzeit befindet sich die Fregatte „Emden“ mit 190 Marinesoldaten dort im Einsatz. Hier wurden 1 375 Schiffe im letzten Jahr abgefragt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen Hinweis geben. Sie wissen, dass dieser Einsatz auf Art. 5 des NATO-Vertrags – Bündnisfall – beruht. Dass sich aber **Russland** noch in diesem Jahr an einem derartigen Einsatz beteiligen wird, zeigt die Fortentwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland. Ich halte es für einen wichtigen Prozess, dass sich Russland im Rahmen partnerschaftlicher Beziehungen daran beteiligt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir halten des Weiteren einen Airbus vom Typ A 310 und eine Challenger für eine luftgestützte medizinische Notfallversorgung in Bereitschaft. Diese Kräfte haben bereits wertvolle Unterstützung bei der Rückführung verletzter ISAF-Soldaten geleistet. Schließlich umfasst das Mandat 100 Spezialkräfte für die Beteiligung deutscher bewaffneter Kräfte im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Diese kamen in den vergangenen Jahren gemeinsam mit amerikanischen, britischen, französischen und anderen Partnern in Afghanistan mehrfach zum Einsatz.

- (B) Da ich mit Verwunderung zur Kenntnis genommen habe, was der eine oder andere Abgeordnete dieses Parlaments dazu gesagt hat, möchte ich klarstellen: Derzeit ist kein einziger **KSK-Soldat** im Rahmen des OEF-Mandats im Einsatz.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Wenn ich das vorgestern gesagt hätte, hätte ich Geheimnisverrat begangen!)

Man sollte im Rahmen dieser Debatte mit diesem Thema sachgerecht umgehen. Ich will zudem darauf hinweisen, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um den Fall Kurnaz sachgerecht und rückhaltlos aufzuklären. Es liegen uns Zwischenergebnisse vor und wir werden die Arbeit des Verteidigungsausschusses aktiv unterstützen.

Ich möchte hier aber auch unterstreichen, dass man aus einer solchen Debatte keine falschen Rückschlüsse im Hinblick auf den Einsatz der Spezialkräfte ziehen sollte. Unsere Spezialkräfte sind einem Risiko für Leib und Leben ausgesetzt und oft in einem sehr gefährlichen Einsatz. Sie tun dies im Interesse unserer Sicherheit und im Interesse der Sicherheit der deutschen Soldatinnen und Soldaten. Sie haben deshalb unsere Unterstützung verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Dies sage ich auch im Hinblick auf den Einsatz in **Afghanistan**, der nach dem 11. September 2001 dazu beigetragen hat, dass Taliban zurückgedrängt und deren Aktionsräume eingegrenzt worden sind, dass der Peters-

berger Prozess umgesetzt werden konnte und es in Afghanistan wieder eine Verfassung, einen gewählten Präsidenten und ein gewähltes Parlament gibt. Jetzt müssen wir den Prozess der Stabilisierung und des Wiederaufbaus auf das gesamte Land ausdehnen. Unsere Soldaten haben dazu beigetragen, dass im Zusammenhang mit dem OEF-Mandat die Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind. Das sollte man im Rahmen einer solchen Debatte ebenfalls nicht vergessen.

(Zurufe von der LINKEN)

Gerade angesichts der angespannten Lage in Afghanistan wäre es aus meiner Sicht leichtfertig, wenn wir dieses Mandat nicht wieder verlängern würden und damit auch in der Öffentlichkeit ein völlig falsches Signal gesetzt würde.

Über den Einsatz unserer Spezialkräfte wollen wir möglichst offen informieren, dabei aber den Schutz und die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten im Blick behalten.

(Walter Kolbow [SPD]: Das muss auch sein!)

Wir haben die Obleute des Verteidigungsausschusses informiert und werden morgen die Obleute des Auswärtigen Ausschusses unterrichten. Wir haben im Antrag zur Verlängerung des Mandats ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass wir in Übereinstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden die Frage der künftigen Unterrichtung festlegen wollen. Ich habe gestern nach dem Beschluss des Kabinetts die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch eingeladen, um über ein klares Verfahren zu sprechen, das sicherstellt, dass die Information des Parlaments objektiv und gut gewährleistet ist, aber auch der Schutz und die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten im Auge behalten werden.

Es ist wichtig und notwendig, dass wir dieses Mandat um zwölf Monate verlängern. Wenn wir Krisen und Konflikte rechtzeitig dort begegnen, wo sie entstehen, dann dient dies dem Schutz und der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Deshalb bitte ich darum, dass Sie einer solchen Mandatsverlängerung zustimmen. Im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist es notwendig und wichtig, dass sich Deutschland weiterhin am Kampf gegen den Terrorismus aktiv beteiligt. Deshalb bitte ich Sie um ein überzeugendes Votum für die Verlängerung dieses Mandats.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Monika Knoche hat das Wort für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Monika Knoche (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich will es ohne Umschweife sagen: Die Position der Linken zu dem Antrag der Regierung ist: Die Teilnahme am Krieg gegen Terror ist ein Fehler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.